Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2008 – 2013
Datum: 04.02.11

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	03.02.2011	Ö

Verfasser: Eckhard Rickert

Amt/Aktenzeichen: 51.40.04

TOP 9 Einrichtung einer Planstelle für die Straßensozialarbeit

Zielsetzung: Ausweitung der offenen Jugendarbeit

Beschlussvorschlag:

Der ASJS beschließt, die Schaffung einer Stelle für Straßensozialarbeit (Streetworking) intensiv weiter zu verfolgen und die Verwaltung zu beauftragen, nach einer Umsetzungsmöglichkeit (einschließlich Finanzierung) mit allen dafür in Frage kommenden Partnern zu suchen, so dass diese Arbeit möglichst im Sommer 2011 aufgenommen werden kann.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Eckhard Rickert am 20.01.2011

Wolfgang Werner am 20.01.2011

Bürgermeister Rainer Voß am 20.01.2011

Bürgermeister Rainer Voß am 24.01.2011

Sachverhalt:

1.Ausgangslage

Mit Datum vom 29.09.2010 beantragte die SPD-Fraktion die Einrichtung einer Planstelle in Vollzeit für die Straßensozialarbeit/ Streetworking.

Die Zielsetzung und eine entsprechende Begründung waren den Unterlagen zur Sitzung am 04.11.2010 zu entnehmen und sind dem ASJS somit hinreichend bekannt.

Auf Vorschlag der Verwaltung beschloss der ASJS einstimmig, eine Entscheidung bis zum Abschluss der Jahresrechnung 2010 zurückzustellen. Die Verwaltung wurde

gebeten, bis zur ersten Sitzung des ASJS in 2011 alle arbeitsrechtlich relevanten Aspekte zu prüfen und ein Finanzierungsmodell vorzulegen.

2.Dringlichkeit

Die aktuell zu verzeichnende Zunahme (rechts-)extremistischer Handlungen in der Stadt (Sprayer-Aktion u.a.) unterstreicht die Dringlichkeit und den besonderen Handlungsbedarf.

3.Streetworker und Kreis Herzogtum Lauenburg

Die im Kreis Herzogtum Lauenburg eingerichteten Stellen sowie weitere Informationen zur Straßensozialarbeit ergeben sich aus dem Flyer (Anlage 1).

Arbeitsrechtliche Aspekte

Anstellungsträger der Straßensozialarbeiter ist der Kreis Herzogtum Lauenburg. Die Straßensozialarbeit unterliegt dem Fachreferat Jugendsozialarbeit. Die Dienst- und Fachaufsicht unterliegt der regionalen Fachdienstleitung. Straßensozialarbeit ist eine sozialpädagogische / sozialarbeiterische Tätigkeit. Die Stelleninhaber/innen sollten eine Ausbildung als Diplom-Sozialarbeiter/in / Sozialpädagoge/in mit staatlicher Anerkennung besitzen und/oder entsprechende fachliche Qualifikationen und persönliche Fähigkeiten vorweisen.

Finanzierung

Die örtlich gebundenen Stellen werden zur Hälfte vom Kreis und zur anderen Hälfte von den beteiligten Städten/Gemeinden finanziert. Die entstehenden Kosten setzen sich aus Personalkosten, Miete für die Anlaufstellen, Bürobedarf, Post- und Fernmeldegebühren, Reisekosten sowie allgemeine sächliche Ausgaben zusammen.

Kosten

Aufgrund von Erfahrungswerten sind die für die Stadt Ratzeburg anfallenden anteiligen Kosten mit ca. 30 Tsd. bis 35 Tsd. Euro pro Jahr zu beziffern.

Verfahren zur Einrichtung einer Streetworker-Stelle

Ein an die zuständige Fachdienststelle des Kreises gerichteter Antrag müsste spätestens bis zum Mai 2011 vorgelegt werden, um eventuell für 2012 eine Entscheidung des Jugendhilfeausschusses des Kreises zu erwirken. Aufgrund einer entsprechenden Auskunft ist aber eher davon auszugehen, dass – wenn überhaupt – die Einrichtung einer Stelle erst für 2013 zu realisieren wäre. In jedem Falle ist mit der Antragstellung verbindlich die Übernahme der hälftigen Kosten zu erklären.

Sonstiges

Im Übrigen wird auf das der Vorlage beigefügte Konzept des Kreises (Anlage 2) verwiesen.

4. Gewaltprävention mit aufsuchender Arbeit der Diakonie

Die Diakonie hat ein solches Projekt als Modellvorhaben beantragt und zwar genau unter den Gesichtspunkten der Fragen, die sich in Ratzeburg zur Zeit stellen. Der Bürgermeister hat im Rahmen der Antragstellung für dieses Projekt eine positive Stellungnahme abgegeben. Eine Entscheidung darüber steht jedoch noch aus.

5. Bewertung aus Sicht der Verwaltung

Aus Sicht der Verwaltung ist es dringlich, die aufsuchende Jugendarbeit im Rahmen von Streetworking mit dem Schwerpunkt (Rechts-) Extremismus auszuweiten und zu verbessern.

Die Zunahme (rechts-)extremistischer Aktivitäten macht die Einrichtung einer solchen Stelle dringlich und die Verfolgung beider und weiterer möglicher Varianten notwendig.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Jahresabschluss 2010 sich zwar deutlich besser als erwartet , gleichwohl aber ohne Auswirkungen auf den Haushalt 2011 darstellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen noch keine Auswirkungen auf den Haushalt.

Anlagenverzeichnis:

Flyer und Konzept

mitgezeichnet haben:

Herr Werner